

Ein erster Schritt ist getan...

Vor wenigen Wochen wandten wir uns mit dem Aufruf „Schafft die Kommunistische Initiative in Deutschland!“ an die Öffentlichkeit in der Hoffnung, eine inhaltliche Diskussion über die Notwendigkeit der Entwicklung der kommunistischen Einheit in Deutschland auf marxistisch-leninistischen Positionen anzustoßen, wie auch mit dem Ziel, diese Diskussionen in konkrete Schritte münden und es nicht bei allgemeinen Absichtserklärungen bewenden zu lassen.

Die Intensität der Diskussionen hat uns positiv überrascht. Bislang wurde unsere recht karge, sich immer noch in der Entwicklung befindliche Internetseite rund 2700 Mal aufgerufen. Im guten dreistelligen Bereich bewegen sich Zuschriften von offenen Unterstützern und am Prozess Interessierten; mehrere Kontakte laufen darauf hinaus, lokal und regional Diskussionsveranstaltungen zur Kommunistischen Initiative (KI) zu organisieren. Über das KI-Projekt wird in verschiedenen Zusammenhängen an der Basis debattiert.

Der Kreis der bisherigen Unterstützer und Interessierten widerspiegelt im Wesentlichen das Spektrum der kommunistischen Kräfte hierzulande; sie kommen aus der DKP, der KPD, der KPD(B), aus der Partei „Die Linke“, dem Kreis der Fernstudenten der Zeitschrift „offen-siv“, dem Umfeld von „offen-siv“, dem „RotFuchs“, aus Gewerkschaften sowie anderen Initiativen und Organisationen. Hinzu kommen Unorganisierte.

Aus den bisherigen Zuschriften sowie den derzeit geführten Diskussionen haben sich einige „offene Fragen“ herauskristallisiert. Manche vermissen tiefer gehende Situationsanalysen oder auch Aussagen zum Beispiel zu konkreteren Positionierungen zu Gegenwart und Geschichte (als einige Beispiele hierfür seien genannt: Europäische Union, Charakter der Klassenkämpfe in der BRD und in Europa, Rolle und Bedeutung des Revisionismus). Dies kann jedoch ein Aufruf nicht leisten: er reißt lediglich an, will zuspitzen, aufmerksam machen, Diskussionen anstoßen und sich gleichzeitig grundsätzlich positionieren. Das bedeutet: der Aufruf kann und will kein Programm sein. Letzteres wollten wir ganz bewusst nicht zur Diskussion anbieten, denn das wäre aus unserer Sicht der vierte vor dem ersten Schritt gewesen, da eine Programmdiskussion in Konsequenz bereits schon jetzt in die Vorbereitung und Umsetzung von festen Organisationsstrukturen führen würde. Wir haben uns entschieden, zunächst einmal die marxistisch-leninistischen Kräfte zu sammeln, wie wir es ja in unserem Aufruf formuliert haben.

Andere wiederum glauben, wir wollten einen – wie auch immer gearteten – Prozess der Vereinigung von kommunistischen Organisationen, Parteien, Zeitschriften etc. starten oder gar eine Art abgrenzender Konkurrenz zu ihnen formieren, fürchten eine neue „kommunistische Splittergruppe oder Partei mit spalterischer Tendenz“. Weder das eine, noch das andere ist der Fall. Beides wären Wege in die Sackgasse! Wir möchten alle, organisierte UND bislang nicht organisierte, Kommunistinnen und Kommunisten ansprechen, die nach einem revolutionären Bruch mit dem imperialistischen System suchen. Wir hoffen, dass sich in diesem Sinne vor allem auch junge Arbeiter, Schüler und Studenten angesprochen fühlen, die eine klare revolutionäre Orientierung erstreben.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Dominanz revisionistischer Positionen innerhalb der zersplitterten kommunistischen Bewegung in der BRD sammeln wir Genossinnen und Genossen auf individueller Basis sowie mit klaren marxistisch-leninistischen Positionen, was natürlich Gespräche und Diskussionen mit existierenden Organisationen und Parteien nicht ausschließt – im Gegenteil, dies könnte ein fruchtbringender Prozess werden. Niemand wird aufgefordert, seine Partei oder Organisation zu verlassen. Ein gleichzeitiges Arbeiten in der „Kommunistischen

Initiative“ würde die Position der organisierten Genossinnen und Genossen in der Auseinandersetzung mit dem (immer noch) dominierenden Revisionismus stärken und helfen, gemeinsam in die Klassenauseinandersetzungen mit klaren Positionen einzugreifen sowie revolutionäre, marxistisch-leninistische Perspektiven zu entwickeln. Dabei kann die einzige Zukunft für Kommunisten in der BRD doch nur in der langfristig angelegten Formierung einer einheitlichen, marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei liegen. Ohne eine solche Partei werden sich keine tatsächlichen revolutionären Alternativen zur imperialistischen Barbarei entwickeln können!

Manche meinen, es sei entweder falsch oder taktisch unklug gewesen, in unserem Aufruf die „Kommunistische Plattform“ (KPF) in der Partei „Die Linke“ als linkes Feigenblatt in einer sozialdemokratisierten, nicht-marxistischen Partei und die DKP als revisionistisch bezeichnet zu haben. Gibt es denn wissenschaftliche Argumente gegen diese Aussagen? Parteien und Organisationen, nicht nur, aber insbesondere kommunistische, werden in ihrem Charakter durch ihre Programme, Veröffentlichungen, Führungspersonlichkeiten sowie deren konkrete Politik bestimmt. Legen wir hier die Messlatte des Marxismus-Leninismus an, so bestätigt diese kritische Überprüfung unsere Aussagen bezüglich beider Organisationen, die den Ist-Zustand beschreiben, jedoch nichts zu künftigen Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven beider Organisationen sagen. Trotzdem gibt es innerhalb der DKP und auch der Partei „Die Linke“ aus unterschiedlichen Gründen und mit unterschiedlichen Hintergründen Kommunisten, die sich auf Basis des Marxismus-Leninismus positionieren. Gerade diese sind auch zur Mitarbeit am Aufbau der „Kommunistischen Initiative“ aufgerufen.

Der Aufruf zur Gründung einer „Kommunistischen Initiative“ soll einen Prozess starten, der langfristig in die Formierung einer einheitlichen, marxistisch-leninistischen Partei einmündet. Wir haben versucht, mit unserem Aufruf den Startschuss für die Sammlung all jener zu geben, die dieses Ziel teilen. Wir stehen jedoch erst am Anfang. Weitere Schritte müssen folgen: offen diskutiert, solide, ohne Hast, aber zielgerichtet und auf klaren marxistisch-leninistischen Positionen. Bevor wir festere Strukturen aufbauen, muss allerdings der Sammlungsprozess weiter intensiviert werden. Hierzu sollen ein regelmäßiges Publikationsorgan und Diskussionsveranstaltungen in unterschiedlicher Form dienen. Das wird uns in die Lage versetzen, gemeinsam konkrete Positionen zu aktuellen Klassenkämpfen, internationalen Ereignissen wie auch zu theoretisch-ideologischen Fragen zu entwickeln. Als nächster Schritt könnte dann ein bundesweiter Kongress geplant werden, um den Entwicklungsprozess zu vereinheitlichen, ein Programm zu diskutieren und den Aufbau festerer Strukturen vorzubereiten.

Wir haben es also mit einem Projekt zu tun, das schrittweise qualitativ wie quantitativ heranwächst! Es ist ein Aufbau von der Basis her. Deshalb liegt es an uns allen, wie intensiv wir uns einbringen, diesen Prozess gestalten und damit die Perspektive öffnen, in Deutschland eine einheitliche, marxistisch-leninistische Kommunistische Partei zu formieren!

**Gehen wir auf klaren Positionen
und mit revolutionären Visionen voran!**

**Schaffen wir gemeinsam die
Kommunistische Initiative in Deutschland!**

Sozialismus oder Barbarei!

Kommunistische Partei Griechenlands (KKE): Stellungnahme zur Krise der Weltwirtschaft

KKE/Athen, 2. Oktober 2008 – Die Erscheinungen einer Krise in den Volkswirtschaften der USA und der EU-Länder, die als Tendenz zu Pleiten im Finanzsektor zum Ausdruck kommen, offenbaren den anarchischen Charakter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Verfall und Parasitentum des gegenwärtigen Wirtschaftssystems beruhen auf dem Privateigentum und Aktieneigentum an konzentrierten Produktionsmitteln als Quelle der täglichen Käufe und Verkäufe von Anteilscheinen (von an sich wertlosen Finanztiteln auf künftige Profite) durch Banken, Versicherungsgesellschaften, Aktienmärkte etc. Krisenerscheinungen waren, sind und bleiben das unausweichliche Schicksal aller kapitalistischen Volkswirtschaften. Dies zeigt, dass der Kapitalismus nicht allmächtig ist.

Es gibt keine Form der organisatorischen Gestaltung, die das System seines Verfalls entledigen könnte, ob der Staat nun den überschuldeten Banken und anderen Firmen mit Bürgschaften aus der Klemme hilft oder es dem Markt überlässt, über Rettung oder Wertverlust zu entscheiden. Ungeachtet der Tiefe und des Umfangs, den die gegenwärtige Krise schließlich annimmt, zittern die Manager mit Recht vor der Gefahr ihrer eigenen Unfähigkeit, die Folgen zu beherrschen, durch die ihre politische Stabilität gefährdet werden kann.

Die Erhöhung der Ausbeutung der Angestellten und des Drucks auf die Selbständigen, die im Interesse der Steigerung und Anhäufung von Profiten erfolgte, erfasst und erwürgt die ganze Volkswirtschaft. Die Gefahr atemberaubender Einbußen betrifft nun auch die gut bezahlten Angestellten des Finanzsektors und der Mittelschichten, die bisher ihr Einkommen durch Rentenpapiere, Anlagefonds, Aktien etc. erhöht haben. Mit Sicherheit bedroht die Gefahr auch die einfachen Angestellten, die massenweise ihre Arbeitsplätze und kleinen Spareinlagen verlieren können.

Was für die Bourgeoisie eine Bedrohung ihrer wirtschaftlichen und politischen Stabilität darstellt, bedeutet Hoffnung für die Kräfte der Arbeiterbewegung und der breiten Bevölkerung. Es kommt entscheidend darauf an, den einzig realen Ausweg nicht außer Acht zu lassen: Das verwundete Tier sollte mit vereinten Kräften angegriffen werden, ihm sollte keine Zeit, seine Wunden zu heilen, kein Raum zur Erholung gelassen werden. Als unabdingbare Notwendigkeit erweist sich: Gemeineigentum an den konzentrierten Produktionsmitteln, zentrale Planung der gesellschaftlichen Produktion, Kontrolle durch die Arbeiter und Kräfte der Gesellschaft, was einen Umsturz auf der Ebene der Macht erforderlich macht.

Es geht nicht um Untergangsstimmung oder Übertreibung. Wir behaupten nicht, dass bereits eine Krise, ähnlich derjenigen von 1929, gekommen ist. Doch die gewohnte Fähigkeit der Bourgeoisie, immer wieder staatliche Regulierungsmaßnahmen zu ergreifen, um das System durch Irreführung und Einbindung der Kräfte der Arbeiterbewegung und der breiten Bevölkerung zu retten, hat ihre Dynamik verloren, die sie in den ersten zwanzig Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte.

Wir appellieren an die Bevölkerung, sich von absichtlich irreführenden Vorstellungen über eine Regulierung, eine Rationalisierung und Humanisierung des Kapitalismus abzuwenden, die den Liberalismus dämonisieren, um ihn zu retten.

Wir mögen heute noch nicht alle Bedingungen für den Umsturz der kapitalistischen Macht geschaffen haben, aber die gegebenen Bedingungen signalisieren die Möglichkeit einer beschleunigten Bewegung im Interesse der Völker.

Die KKE hat die Forderungen nach Sofortmaßnahmen zur Anhebung von Löhnen und Renten befürwortet und unterstützt,

während dies von ND, PASOK und SYN geschlossen als maximalistisch angesehen wurde. Heutzutage sind Versprechungen zugunsten des Volkes nichts als leere Worte. Das Volk muss sie zurückweisen und sich sein Urteil nach der politischen Praxis der Parteien bilden.

Die ND-Regierung ist entschlossen, mit den so genannten Reformen zugunsten des Großkapitals und der Monopole weiterzumachen. PASOK, die größte Oppositionspartei, schlägt keine alternative Lösung vor. Mit Unterstützung von SYN/SYRIZA führt die Partei in die Irre und verbreitet Illusionen, indem sie überholte und bankrotte politische Theorien vertritt, die sich für eine faire Wohlstandsverteilung im Rahmen des Kapitalismus aussprechen. Doch wieder einmal haben die Entwicklungen in den Volkswirtschaften der USA und der EU gezeigt, dass die bürgerlichen Alternativen einer anderen Handhabung des Systems völlig widersprüchlich und gegen die Interessen der breiten Bevölkerung gerichtet sind.

Die KKE fordert die Bevölkerung erneut dringend auf, zum Gegenangriff überzugehen und den Kampf aufzunehmen, und zwar für:

- **Mietzuschüsse für Arbeitslose und Jugendliche. Zinsfreie Immobiliendarlehen für junge Paare zum Erwerb eines Hauptwohnsitzes;**
 - **Einstellung aller Zwangsvollstreckungen und Versteigerungen von Eigentum von Werktätigen aufgrund von Darlehnschulden für einen Hauptwohnsitz;**
 - **Abschaffung der künstlichen Vermischung von Zinsen für alle Darlehen;**
 - **Abzugsfähigkeit der Gesamtzinsen für Immobiliendarlehen für einen Hauptwohnsitz vom steuerpflichtigen Einkommen;**
 - **Einfrieren der Darlehen von Arbeitern, die derzeit arbeitslos sind;**
 - **Staatliche Vorsorge für die Umsetzung von Wohnungsprogrammen. Moderne und sichere Wohnungen zu niedrigen Mieten;**
 - **Wesentliche Anhebung von Löhnen gemäß den modernen Bedürfnissen der Menschen. 1 400 Euro Mindestlohn, 1 150 Euro Mindestrenten, Arbeitslosengeld (80 Prozent des Mindestlohns) für die ganze Zeit der Arbeitslosigkeit. Entlassungsgeld für alle.**
 - **Anhebung des persönlichen Steuerfreibetrages (ohne Kinder) auf 15 000 Euro;**
 - **Abschaffung der Umsatzsteuer auf Güter des Massenverbrauchs und Treibstoff für Heizung und Fahrzeuge für Bauernhaushalte wie für den allgemeinen Verbrauch der Bevölkerung.**
 - **Öffentliche Sozialversicherung ausnahmslos für alle, womit der Plünderung der Pensionsfonds Grenzen gesetzt und nicht einfach nur die Anlage in »strukturierte Obligationen« verhindert wird.**
- Die KKE appelliert an Angestellte, Bauern, Selbständige, fortschrittliche Bewegungen der Jugend und Frauen, zum Gegenangriff überzugehen und vereint für die dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung zu kämpfen, sich von den Parteien zu trennen, welche die Einbahnstraße der EU-Politik und „EU-Hörigkeit“ unterstützen, d.h. ND und PASOK sowie ihre Verbündeten, die KKE zu unterstützen, d.h. die Partei, welche die einzig reale wirtschaftliche und politische Alternativ-Lösung für die Bevölkerung vertritt.**

Übersetzung aus dem Englischen: Klaus von Raussendorff

Reaktionen

Wir veröffentlichen im Folgenden einige Reaktionen zum Aufruf zur „Kommunistischen Initiative“ und werden dies in weiteren Publikationen, besonders in unserem geplanten Publikationsorgan, fortsetzen. Es versteht sich dabei von selbst, dass diese Reaktionen die Meinungen und Positionen der Verfasser und damit nicht unbedingt die des Vorläufigen Organisationskomitees wiedergeben. Wir behalten uns deshalb vor, gegebenenfalls auf kritische Betrachtungen, die in der allgemeinen Diskussion sind, zukünftig aus unserer Sicht einzugehen.

Vorläufiges Organisationskomitee

Prof. Dr. Erich Buchholz (Jurist, Berlin): Zum Aufruf: „Schafft die Kommunistische Initiative in Deutschland!“

Wozu sollen diese Initiative und dieser geforderte Zusammenschluss gut sein? Was bringen sie?

In meinem langen Leben habe ich immer wieder die Beobachtung gemacht, dass die wirtschaftlich und politisch Mächtigen dieser Gesellschaft – trotz Konkurrenzkämpfe untereinander und politischer Differenzen – stets zusammenhielten, wenn es um die Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht, insbesondere um die Erhaltung und Sicherung ihre riesigen Vermögenswerte, ihres Eigentums und ihres Profits geht. In diesem Sinne wirkten und wirken von ihnen abhängige und bezahlte Medien uno sono, mit einer Stimme, wie wir es gerade gegenwärtig wieder sehr anschaulich erleben.

Selbst die Justiz, auch die juristisch unabhängigen Richter, vor allem die der Obergerichte, beweisen, wenn es um die Erhaltung der vorgenannten ökonomischen und politischen Macht der Großen geht, hinter juristischen Begründungen letztendlich eine eindeutige Position.

Demgegenüber werden die Unterdrückten und Ausgebeuteten, die kleinen Leute, die Arbeiter und Arbeitslosen, die kleinen Selbstständigen und die andern einfachen Menschen des Volkes – schon durch die objektiven Bedingungen – immer wieder gegeneinander gebracht:

Wer noch Arbeit hat, sieht in dem, der Arbeit sucht, der ihm seinen Arbeitsplatz streitig machen könnte, seinen Feind!

Wer keine Arbeit hat und Arbeit sucht, sieht in dem anderen Arbeitssuchenden zu oft seinen Konkurrenten. Die, die einen Arbeitsplatz und womöglich Aussicht auf einen besseren haben, sehen in ihrer Sorge um diesen oder diese Chance in dem anderen den Konkurrenten - wobei auch unanständige Methoden, zum Beispiel Mobbing, eingesetzt werden.

Erst recht werden Frauen und Männer, junge und alte „Arbeitnehmer“ und Arbeit Suchende und ganz besonders verschiedene Nationalitäten im Streit um Arbeitsplätze oder möglichst günstige Arbeitsbedingungen gegeneinander gebracht – und zwar, ohne dass die wirtschaftlich und politisch Mächtigen dazu etwas Besonderes tun.

Selbst die Gewerkschaften sind nicht selten zerstritten. Um die Einheit der Gewerkschaften zu unterbinden, werden besondere Gewerkschaften gegründet, teilweise sogar durch die „Arbeitgeber“, die dafür Millionen aufwenden.

Zulange blieben die Arbeitslosen noch völlig außerhalb des Blickfeldes der Gewerkschaften, die sich als Zusammenschluss von Arbeitern, von Arbeitenden sehen oder sahen.

Die Arbeiter und Arbeit Suchenden, die Unterdrückten und Ausgebeuteten werden auseinander dividiert.

Jeder gegen jeden! Teile und herrsche!

So lautet seit eh und je die bewährte Herrschaftsmethode!

Solange die Unterdrückten und Ausgebeuteten untereinander uneins sind, bleiben sie schwach, können sie für die Verbesse-

rung ihrer Lebensbedingungen wenig ausrichten.

Stehen sie aber zusammen, handeln sie gemeinsam, so sind Erfolge erreichbar, wie das jüngstens wieder die Gewerkschaften bewiesen.

Einen einzelnen Finger kann man leicht brechen, aber eine ganze Faust nicht!

Nur Einheit macht stark!

Deshalb wurde im „Kommunistischen Manifest“ der einzige richtige Schluss gezogen: Proletarier aller Länder vereinigt euch! Dieser richtige Schluss ist heute nicht minder aktuell als früher.

Allerdings muss heute wegen der veränderten Formen der Unterdrückung und Ausbeutung der Begriff Proletarier weiter gefasst werden. Er sollte alle einschließen, die unterdrückt und ausgebeutet werden, auch wenn die Einzelnen ihrer juristischen Stellung nach nicht abhängige „Arbeitnehmer“, sondern kleine Selbstständige, Inhaber von Ich-AGs und ähnliches sind.

Jedenfalls ist der Zusammenschluss der Ausgebeuteten und Unterdrückten aller Art und aller Länder eine Lebensnotwendigkeit für ihre Existenz und Zukunft!

Wie aber kann diese Einheit des Proletariats und der anderen Unterdrückten und Ausgebeuteten erreicht werden, wenn die Kommunisten untereinander streiten und teilweise mehr Kraft für den Kampf gegen andere Kommunisten aufwenden als für den Kampf gegen den gemeinsamen Gegner!

Wer ist denn eigentlich ein Kommunist?

Manch einer hält sich für einen Kommunisten, anderswo werden Leute als Kommunisten oder Organisationen als kommunistisch bezeichnet, obwohl sie wahrlich keine sind.

Ein anschauliches Beispiel dafür ist der Vorwurf gegen die Partei „Die Linke“, die gerade in der jüngsten Zeit als kommunistisch denunziert wird.

In den späten 40er und in den 50er Jahren wurden in Westdeutschland Hunderttausende, die keine Kommunisten waren, als solche und nichtkommunistische Organisationen, wie die Freie Deutsche Jugend (FDJ) und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) als kommunistisch diffamiert und abgestempelt, nur weil sie sich gegen die auf Spaltung Deutschlands und Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO gerichtete Politik Adenauers wandten, was schließlich auf nachdrückliche Veranlassung Adenauers zum Verbot der KPD durch das BVerfG führte.

Im „Kommunistische Manifest“ wird klargestellt, dass die Kommunisten innerhalb der Arbeiterbewegung diejenigen sind, die am konsequentesten die Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten verfechten und gegenüber anderen Ausgebeuteten und Unterdrückten die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus haben.

Die Kommunisten arbeiten überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder. Dabei heben sie die Eigentumsfrage, welche Form sie auch jeweils annimmt, als die Grundfrage der Bewegung hervor.

Wenn es für eine menschenwürdige Perspektive der Unterdrückten und Ausgebeuteten lebensnotwendig ist, dass sich die Kommunisten zusammenschließen und einen gemeinsamen Kampf führen, dann sollten, ohne gegenüber anderen besserwisserisch aufzutreten, einige Grundbedingungen beachtet werden.

Zu diesen gehört – was die Geschichte der Arbeiterbewegung der letzten anderthalb Jahrhunderte immer wieder bestätigt – die Anerkennung aller wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus-Leninismus, darin eingeschlossen Lenins Imperialismustheorie, und in Deutschland sich dessen bewusst zu sein, dass, unbeschadet vieler kritikwürdiger Mängel und Versäumnisse in der DDR, dieser Staat die größte Errungenschaft

der deutschen Arbeiterbewegung war. Aufgrund meiner Lebenserfahrungen ist die Schaffung einer Kommunistischen Initiative in Deutschland – mit Blick über die Landesgrenzen hinweg im Sinne einer Vereinigung der Proletarier aller Länder - höchst aktuell und dringlich. Es ist keine Zeit zu verlieren!

**Dr. Gerhard Feldbauer
(Historiker und Publizist, Poppenhausen):
Wie zur Einheit der Kommunisten kommen?
Rat bei den Klassikern suchen**

Es ist unbestritten, dass wir in den auf uns zu kommenden sich verschärfenden Klassenkämpfen eine fest auf marxistisch-leninistischen Positionen stehende kommunistische Partei brauchen und das einheitliche Handeln der Kommunisten eine entscheidende Rolle spielen wird. Die Idee, um auf diesem Weg voranzukommen, eine „Kommunistische Initiative“ als Sammel- und Organisationspunkt zu bilden, scheint einleuchtend. Das umso mehr, wenn dabei ein „längerfristiger Prozess“ ins Auge gefasst wird, von einem „Schritt vorwärts“ die Rede ist, in dem „die Bedingungen für die Formierung einer einheitlichen marxistisch-leninistischen Partei in Deutschland“ geschaffen werden sollen. Wie dieser Prozess vor sich gehen soll, bleibt meiner Meinung nach in dem Aufruf vage. Einige weitergehende Gedanken äußert Frank Flegel dazu in seinem Beitrag „Bedingungen und Möglichkeiten einer kommunistischen Initiative in Deutschland“ („offensiv“, H. 9/2008). Fest scheint mir zu stehen, dass gegenwärtig und wohl auch in naher Zukunft die Gründung einer von der Initiative angestrebten neuen kommunistischen Partei nur die in unserer kommunistischen Bewegung bestehende Spaltung vertiefen würde. Frank betont, an die „Bildung einer weiteren Splittergruppe“ sei nicht gedacht.

Soweit ich dem Aufruf entnehme, soll sich die Initiative aus einzelnen Persönlichkeiten zusammensetzen, die Leitungen bisher bestehender kommunistischer Parteien, in dieser Richtung agierender oder sich als solche definierender Organisationen, Zeitschriften und dgl. nicht erfassen. Es ist wohl auch nicht daran gedacht, sich bezüglich einer Teilnahme oder wenigstens an einem Meinungsaustausch an diese Vorstände, Leitungen etc. direkt zu wenden. Eine Ausnahme sollen hier wohl die KPD und die KPD (B) bilden. Die KPD will „einen Vertreter für die Belange der Kommunistischen Initiative benennen“. Ferner ist zu erfahren, dass KPD und KPD (B) Gespräche darüber führen, sich möglicherweise wieder zu vereinigen und das dann ein „gutes Signal“ dafür sein soll, dass die marxistisch-leninistische Einheit möglich ist.

Der Aufruf ist namentlich nicht unterzeichnet. Es heißt, dass ein Koordinierungsgremium ins Leben gerufen wurde, das in engem Kontakt mit den Unterstützern die nächsten organisatorischen Schritte für die Gründung der „Kommunistischen Initiative“ vorbereitet. Auch hier sind mir bisher keine Namen bekannt. Die DKP wird in dem Aufruf zwar als „formal stärkste unter den kommunistischen Formationen“ anerkannt aber, wie bereits in der „offen-siv“-Debatte nach der Annahme des neuen Partei-programms, in einer Art und Weise attackiert, die dem Anliegen des Aufrufs zuwiderläuft. Wenn es heißt, die DKP trabe objektiv der Entwicklung der PDS/Linkspartei/Die Linke hinterher, so halte ich das einfach für eine verzerrte und überzogene Darstellung. Ich verweise dazu auf meine „Anregungen“ („offen-siv“ Nr. 1/2007), in denen ich mich dazu ausführlich geäußert habe. Ich wiederhole, dass man mit solchen verbalen Attacken bei der DKP-Basis, die im Allgemeinen kritischen Gesichtspunkten aufgeschlossen gegenüber steht, nicht ankommt.

Bei der Auseinandersetzung mit dem Opportunismus wird der „Rotfuchs“ (RF) völlig ausgeklammert. Ich war vier Jahre Vorsitzender des Herausgebersvereins der Zeitschrift und musste mich davon überzeugen, dass mit dessen Gründung in unsere kommunistische Bewegung die bis dahin tiefste Spaltung ge-

tragen wurde, und insbesondere RF-Chefredakteur Dr. Klaus Steiniger praktiziert Opportunismus in übelster Weise.[1] Wenn sich also, wie zu hören ist, Mitglieder des RF-Vereins an der „Kommunistischen Initiative“ beteiligen, dann meine ich, dass sie sich schon der Auseinandersetzung mit diesen Erscheinungen stellen müssen.

Die Niederlage des Sozialismus in Europa hat uns in nicht wenigen Fragen weit über ein Jahrhundert zurückgeworfen. An der Entwicklung in Italien, wo sich im vergangenen Jahr die 1991 aus der IKP (Italienischen Kommunistischen Partei) hervorgegangenen sozialdemokratischen Linksdemokraten mit einer katholischen Zentrumspartei vereinigen, wird deutlich, dass die Arbeiterklasse so sogar in ihre Ausgangspositionen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückgeworfen worden ist. Denn mit diesem Fusionsprozess wurden alle auch nur annähernd sozialistischen Standpunkte aufgegeben und die Arbeiter der bürgerlichen Ideologie unterworfen, wurden zum Anhängsel einer großbürgerlichen und dazu noch katholisch beeinflussten Partei. Das bedeutet, dass wir uns, wenn auch unter veränderten Bedingungen und mit dem Wissen und den Erfahrungen des zurückgelegten Kampfes ausgestattet, mit ähnlichen Problemen der Spaltungserscheinungen, welche die sozialistisch-kommunistische Bewegung von Anfang an heimsuchten, heute auch in Deutschland konfrontiert sehen.

Wie bereits in meinen „Anregungen“ greife ich nochmals auf Marx's Kritik am Gothaer Programm, eingeschlossen Engels Vorwort vom 6. Januar 1891 [2] zurück und schlussfolgere daraus, dass das derzeitige DKP-Programm nicht als ein Gothaer Programm eingeschätzt werden kann. Unverändert halte ich im Wesentlichen für ausgewogen, was Arne Taube damals in offen-siv 10/2006 zur DKP einschätzte: Dass das Programm wie die Partei als Organisation „eine Position markieren, die nur urteilen lässt, dass die Arbeiterklasse in der BRD heute de facto über keine Organisation verfügt, die so entschieden wie die DKP ihre Interessen vertritt: sie ist die größte Organisation der revolutionären Linken, besitzt vorerst eine in den Rudimenten noch immer revolutionäre Programmatik – wie mangelhaft sie gemessen an den Forderungen der Klassiker auch erscheint – und ist auf dem Gebiet der alten BRD zumindest teilweise recht gut gewerkschaftlich verbunden. Hieraus folgt, dass auch mit dem neuen Programm jedem Kommunisten weiterhin zu raten ist, in die DKP einzutreten (oder zumindest die Nähe zu suchen), sich dabei jedoch ihrer organisatorischen und programmatischen Schwächen bewusst zu sein.“

Marx und Engels stellten auch nicht die Aufgabe, die in Gotha entstandene Partei aufzugeben und eine neue, von revisionistischen Einflüssen freie revolutionäre Arbeiterpartei zu schaffen, sondern sie kämpften darum, „die richtige politische Linie in der deutschen sozialdemokratischen Partei“ durchzusetzen. [3] Trotz der opportunistischen Auswüchse des Gothaer Programms stellten Marx und Engels in den Vordergrund ihrer Wertung die Bedeutung der Herstellung einer einheitlichen Arbeiterpartei. Durch ihr energisches Auftreten gelang es in dieser Periode, die Opportunisten in der Partei zurückzudrängen und zu erreichen, dass das praktische Auftreten der Partei durch revolutionäre Aktionen bestimmt wurde. Sie kämpfte erfolgreich gegen das Sozialistengesetz und fand den richtigen Weg zu den Massen. [4] Wir können uns nicht auf die Einhaltung des Marxismus-Leninismus berufen und gleichzeitig im Wirken für kommunistische Einheit solch wichtige Erfahrungen, welche Marx und Engels uns dazu hinterlassen haben, ignorieren.

Man sollte vielleicht auch einmal nachlesen, wie Lenin prinzipiell aber der Situation entsprechend sowohl unter strategischen als auch taktischen Gesichtspunkten klug im Kampf gegen den mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges offen ausgebrochenen Opportunismus, darunter seiner schlimmsten Erscheinung, dem Sozialchauvinismus, auf der Zimmerwalder Konferenz im September 1915 und der im April 1916 in Kienthal vorgeing. Unter den teilnehmenden Sozialisten formierte er aus Internationali-

sten und revolutionären Marxisten (so seine Formulierung) die revolutionäre Zimmerwalder Linke. „Der Zusammenschluss der genannten Gruppe ist eine der wichtigsten Tatsachen und einer der größten Erfolge der Konferenz“, schätzte er ein. [5] Die Linke scheute sich nicht, in eine Tagung zu gehen, auf der die Gruppe der „schwankenden beinahe Kautzkyaner“ vertreten war und setzte sich mit ihnen entschieden auseinander. Dem Manifest der Tagung, das unter dem Einfluss der Kautzkyaner an „Inkonsequenz und Halbheit“ litt, stimmte die Zimmerwalder Linke, Lenin folgend, dennoch zu, weil es „faktisch einen Schritt vorwärts zum ideologischen und praktischen Bruch mit dem Opportunismus und Sozialchauvinismus“ darstellte.

Rat bei Lenin sollte man auch suchen, wenn es um heutige Erscheinungen des Zentrismus geht. Unter diesem Gesichtspunkt ist sicher die Haltung von Hans Heinz Holz zu sehen. Lenin billigte Gramscis Vorgehen, der vor der IKP-Gründung die Sozialistische Partei in eine revolutionäre umgestalten wollte und dabei nicht nur den Kompromiss einging, auf die Annahme des Namens Kommunistische Partei zu verzichten, sondern auch noch ein Bündnis der Kommunisten mit den Zentristen gegen die Reformisten suchte. [6] Wertvolle Erfahrungen vermittelt Gramscis sehr geduldiges Herangehen in den Jahren 1919/20 an die Schaffung einer revolutionären Arbeiter-, später Kommunistischen Partei. [7]

Der Aufruf verweist auf wertvolle Erfahrungen der griechischen KKE. Natürlich meine ich als Italien-Historiker, dass auch die Aktivitäten der italienischen Kommunisten Anregungen, Erfahrungen vermitteln können. Die Situation der kommunistischen Bewegung dort ist zwar zahlenmäßig von größeren Dimensionen gekennzeichnet, jedoch weitaus dramatischer als bei uns. [8] Als Ergebnis des vor allem reformistischen Kurses der Führung unter Fausto Bertinotti, haben sich vom PRC (Partei der Rifondazione Comunista – Kommunistischen Neugründung) in den letzten Jahren drei Gruppen abgespalten und eigene Parteien gebildet, die teilweise trotzkistischen Einflüssen unterliegen, im PRC selbst bestehen inzwischen fünf Strömungen, darunter die starke revisionistische Fraktion unter Bertinotti/Vendola, die den PRC liquidieren und als lose Strömung in einer indifferenten Linkspartei aufgehen lassen will, und auf dem jüngsten Parteitag im Juli fast die Hälfte der Delegierten umfasste. [9] Um einen Ausweg aus der Misere zu finden, haben mehr als 100 führende kommunistische Persönlichkeiten, darunter Luciano Canfora und Domenico Losurdo [10] einen Appell verfasst, der „zur Erhaltung der kommunistischen Tradition wieder mit Hammer und Sichel“ aufruft, und nicht nur PRC und PdCI [11], sondern alle in verschiedene Gruppen aufgesplitterten kommunistischen Kräfte vereinigen will. [12] Losurdo, der zu der um die Zeitschrift „Ernesto“ versammelten marxistisch-leninistischen Strömung im PRC gehört, erklärte: Wir wollen „eine neue Phase des italienischen Kommunismus beginnen, eine konstituierende Phase“. [13] Er verwies gleichzeitig auf die „Selbständigkeit der Kommunisten“ als Voraussetzung einer linken Politik und von Bündnissen wie dem Regenbogen. Logisch, dass der führende kommunistische Philosoph Italiens und ausgezeichnete Gramsci-Kenner, betonte, „dabei müssen wir die kommunistischen Traditionen von Lenin bis Gramsci wieder aufgreifen“.

ANMERKUNGEN:

- [1] vergleiche dazu ausführlich meine Beiträge in „offensiv“, Nr. 4 und 10/2006
- [2] MEW, Bd. 19, S. 15 bis 32 und 521f.
- [3] Ebenda, S. XI
- [4] Ebenda, S. XIII
- [5] Bd. 21, S. 389 ff.
- [6] Bd. 30, S. 373 bis 385
- [7] Um den Leser nicht mit italienischen Quellen zu belasten, darf ich auf meine „Geschichte Italiens...“, Papyrossa-Verlag, Köln 2008, S. 80ff. verweisen, in der auch in Deutsch vorliegende Werke Gramscis zurückgegriffen wird
- [8] Die Mitgliederzahl des PRC wird auf noch etwa 90000 geschätzt
- [9] Siehe Beiträge des Autors „Zu den Ursachen der Niederlage der Kommunisten und Linken bei den Parlamentswahlen im April 2008 in Italien“,

„offensiv“, Nr. 6/2008; „Vor der Bewährung“, in „jW“ vom 6. August 2008 sowie zur jüngsten fortschreitenden Entwicklung „Aus dem Rückzug in den Angriff“, in „UZ“, 24. Oktober 2008.

- [10] Eine kurze Charakteristik zu Luciano Canfora als auch Domenico Losurdo enthält der Beitrag in „offensiv“, Nr. 6/2008
- [11] Das ist die KP, die sich vor den drei bereits angeführten schon 1998 vom PRC abgespaltete, allerdings unter revisionistischen Vorzeichen, denen sich der PRC damals noch widersetzte, Ausführlich in „offensiv“, H.6/2008.
- [12] „jW“ veröffentlichte den Aufruf am 23. April 2008.
- [13] Im Interview mit „jW“ vom 19./20. April 2008.

**Prof. Dr. Hans Fischer
(Militärwissenschaftler und Ökonom, Berlin)
Der Aufruf – ein Beitrag zur Herstellung der Einheit
der Kommunisten in Deutschland**

Fast 20 Jahre nach dem Sieg der Konterrevolution in Europa, der beschämenden Selbstaflösung der Warschauer Verteidigungsgemeinschaft und der Sowjetunion, ist die kommunistische Bewegung gespalten, zersplittert, vom Reformismus und Opportunismus infiziert. Ihr Einfluss auf die Politik und in der Gesellschaft ist nach wie vor marginal. Die strategische Niederlage ist immer noch nicht verwunden.

Wollen wir uns weiterhin mit dieser untragbaren Situation abfinden?

Auf der Suche nach den Ursachen unserer Niederlage zog im Wesentlichen der Revisionismus ein, Grundsätze und Prinzipien einer marxistisch-leninistischen Partei wurden aufgegeben. Der Sozialismus sowjetischer Prägung – das Stalin'sche Modell – sei gescheitert und man strebe nunmehr einen demokratischen Sozialismus an.

Woher kommen die Geringschätzung der Leistungen der Kommunistischen Parteien Vietnams und Nordkoreas, und das nach verheerenden, vom Imperialismus aufgezwungenen Kriegen? Und was ist mit China? Zog dort der Manchester-Kapitalismus ein, wie es auf manchen Veranstaltungen und in einigen Presseorganen mit kommunistischen Selbstverständnis zu erfahren ist? Oder findet dort eine ökonomische Entwicklung statt, die beispielgebend für die Länder der dritten Welt ist und einmalig in der modernen Geschichte? Und was vermittelt die letzten Olympischen Spiele der ganzen Welt? Welche Ausstrahlung, welches Selbstbewusstsein, welche Würde, welche Gastfreundschaft eines Landes, das den Sozialismus aufbaut. Und noch eins: Die Hunde bellen, doch die Karawane zieht weiter!

Im Oktober besuchte ich, diesmal mit meiner Tochter, zum sechsten Mal Kuba – ein Land, das mir sehr am Herzen liegt. Dauerhafte Bedrohung durch das IMPERIUM, schwerwiegende ökonomische Beeinträchtigung infolge der US-Blockade und regelmäßige Naturkatastrophen mit riesigen materiellen Schäden gehören zu den Lebensbedingungen dieses Landes. Wir waren bereit, mit anzufassen. Doch was fanden wir vor: Ein intaktes Land und ganz normales Leben, in den Städten und auf dem Lande. Die Kubaner brauchten dafür ca. zehn Tage – ein Alle-Mann-Manöver, einfach bewundernswert. Und was passiert in Lateinamerika, vor der Haustür des IMPERIUMS? Die USA sind dabei, ihren Hinterhof zu verlieren.

Ist es nicht an der Zeit und auch besser, die Prinzipien und Erfahrungen dieser erfolgreichen, massenverbundenen Kommunistischen Parteien zu studieren und Lehren daraus zu ziehen anstatt sich mit unseren Klugscheißern und Besserwissern herumzuschlagen, die in der Regel keine Verantwortung für die Gestaltung des Sozialismus oder in der Wirtschaft trugen. Es würde Ihnen zur Ehre gereichen, sich mit dem Scheitern des Kapitalismus bei zwei Dritteln der Menschheit zu befassen, jenen vier Milliarden Menschen, die an oder unter der Armutsgrenze zu leben gezwungen sind. Davon sind – nach Angaben der UNO – 800 Millionen unzureichend ernährt, müssen hungern oder verhungern.

Doch zurück zum Hauptanliegen des Aufrufs. Wie kommen wir zu einer massenverbundenen, revolutionären kommunistischen Partei?

Sollten wir bei Null anfangen, mit unverbrauchten, vorbehaltlosen, einsatzstarken jungen Leuten?

Ist eine Vereinigung aller oder der wichtigsten kommunistischen Formationen möglich und realistisch?

Sollten wir alle in die DKP eintreten, um dieser Partei einen anderen Charakter zu verleihen?

Wollen das die Genossen der DKP in ihrer Mehrheit?

Bekanntlich ist die mitgliederstärkste Kommunistische Partei in Deutschland die DKP. Die Führung dieser Partei lehnt jedes Zusammengehen mit anderen kommunistischen Formationen wie der KPD und der KPD(B) ab, geschweige denn eine Vereinigung. Sie betrachtet sich als der legitime Nachfolger der Partei Liebknechts und Luxemburgs. Die Anzahl ihrer Mitglieder ist seit Jahren konstant. Die der DKP nahe stehende Marx-Engels-Stiftung organisiert von Zeit zu Zeit Konferenzen mit Trotzisten, und die marxistischen Blätter pflegen auch den Antistalinismus und betrachten die Volksrepublik China als kapitalistischen Staat. Trotz aller Korrekturbemühungen der Gruppe um den bedeutenden Philosophen Hans Heinz Holz und der Genossen der Berliner Bezirksorganisation nahm der Parteitag im Jahr 2006, nach jahrelangen Diskussionen, ein zumindest opportunistisches Programm an. Ungeachtet aller kritischen Bemerkungen ist die Kuba-Solidarität dieser Partei beispielgebend. Großen Zuspruch finden in der Bevölkerung auch ihre Pressefeste.

Die KPD wurde in der DDR, kurz vor dem Beitritt zur Bundesrepublik, neu gegründet, als das weitere Schicksal der SED noch unklar war. Ihre Mitglieder sind überwiegend ältere Genossen mit starker Bindung zur DDR. Sie bekennen sich zu Marx, Engels, Lenin und Stalin, unter dessen Führung die deutschen Armeen geschlagen und die Völker Osteuropas vom Faschismus befreit wurden. Selbst die Herstellung aktiver Beziehungen zwischen den Parteivorständen wird von der DKP abgelehnt. Über Jahre gab es interne Kämpfe über die politische Linie. Persönliche Kontroversen führten zu zahlreichen Parteiaustritten und Parteiausschlüssen. Nach dem Ausschluss mehrerer, bis dahin leitender Genossen traten aus Solidarität weitere Genossen aus der KPD aus und gründeten die KPD(B). Insgesamt ist der Einfluss beider Parteien auf die Gesellschaft noch geringer als der der DKP. Nach mehreren Anläufen ist es der KPD in diesen Jahren gelungen, aussichtsreiche Bündnisse mit linken Organisationen anzubahnen.

Eine weitere kommunistische Formation ist die KPF in der Partei „Die Linke“. Sie versteht sich als linkes Korrektiv dieser Partei. Die bisherige Geschichte zeigt aber, dass ihr das in keinem Fall gelungen ist. Ihre Haltung zu der antikommunistischen Steinplatte vor dem Denkmal für Liebknecht und Luxemburg in der Gedenkstätte der Sozialisten und zu dem Skandal mit der Genossin Wegener (DKP) ist mehr als bedenklich. Bestrebungen der KPF, die kommunistischen Kräfte zu einigen oder gar zu vereinigen, sind nicht erkennbar. Hervorgehoben werden muss die äußerst wertvolle und kontinuierliche Versorgung kubanischer Weiterbildungseinrichtungen mit Computern – jährlich mehr als 50 Maschinen.

Soweit meine Einschätzung der Kommunistischen Parteien und Fraktionen. Ich denke, dass Ihre grundlegenden Positionen seit Jahren verinnerlicht und gefestigt sind, ein Aufbruch oder grundsätzlicher Wandel nicht zu erwarten ist.

Meine Position zu anderen linken Organisationen und Publikationsorganen ein anderes Mal.

Nach langen Diskussionen und Überlegungen im Umfeld von offen-siv und nach Konsultationen mit österreichischen Genossen wurde beschlossen, unseren Vorschlag „Kommunistische Initiative“ zu nennen.

Zum Start der Initiative:

- Unterstützer sind zu Beginn nicht Parteien und Organisationen, sondern Personen. Die Zugehörigkeit zu Parteien und Organisationen sollte kein Hindernis sein.

- Gibt es eine ausreichende Zahl von Unterstützern, werden Vorschläge diskutiert und alternative Wege beraten.

- Aussichtsreiche alternative Wege werden in geeigneter Form popularisiert. Dann werden wir weitersehen.

Ich bin auf jeden Fall optimistisch. Sollte diese Initiative nicht zum Erfolg führen, müssen andere Wege gesucht und gefunden werden.

Frank Flegel (Lehrer und Redakteur, Hannover): Warum ich die Bildung einer Kommunistischen Initiative in Deutschland für notwendig und aktuell auch für möglich halte

1. Zur Situation der Kommunistischen Bewegung im heutigen Deutschland

Es ist ja nichts Neues, wenn ich sage, dass die kommunistische Bewegung in Deutschland in einem beklagenswerten Zustand ist: organisatorisch gespalten und ideologisch zersplittert, unklar, stark unter revisionistischem Einfluss stehend und deshalb schwankend und schwach. Noch immer, inzwischen 19 Jahre nach der Konterrevolution, herrscht in der kommunistischen Bewegung (nicht nur) in Deutschland Niedergedrücktheit, Verwirrung und Zersplitterung vor. Die revisionistische Aufweichung ist noch längst nicht überwunden, ganz im Gegenteil: Die weitaus größte Mehrheit der kapitalismuskritischen Kräfte bewegt sich im Fahrwasser von Reformismus, Revisionismus und kleinbürgerlich/idealistischen Vorstellungen. Das ist natürlich kein Wunder, wird doch der wissenschaftliche Sozialismus nicht nur von der Bourgeoisie, sondern auch von den revisionistischen Kräften der politischen Linken systematisch bekämpft und diskreditiert.

Wie steht es um die beiden größten Parteien der Linken?

Die frühere SED ist als PDS und inzwischen Partei „Die Linke“ bei rein sozialdemokratischen Positionen angekommen, ihre praktische Politik muss man in einigen Belangen sogar neoliberal nennen. Es gibt in der „Linkspartei“ sicherlich noch immer Genossen/innen, die sich dem Marxismus-Leninismus nahe fühlen und sich als Kommunisten bezeichnen, allerdings haben sie keinerlei Einfluss und dienen in ihrer organisierten Form, der Kommunistischen Plattform, als linkes Feigenblatt einer objektiv antikommunistischen und konterrevolutionären Partei (um nicht falsch verstanden zu werden, sei hier angemerkt, dass diese Einschätzung der Partei „Die Linke“ keinesfalls ausschließt, mit ihr gemeinsam gegen den Sozialkahltschlag, die Neonazis, die Auslandseinsätze der Bundeswehr usw. zu kämpfen).

Die DKP hat 2006 ein revisionistisches Parteiprogramm angenommen, ihre theoretischen Arbeiten bewegen sich im gleichen Fahrwasser, dazu nur zwei Beispiele: Abkehr von der Leninischen Imperialismustheorie (stattdessen die Rede vom kollektiven Imperialismus), Ersetzen der im Sozialismus anzustrebenden Planwirtschaft und der Klassenherrschaft des Proletariats durch kleinbürgerliche Sozialismusvorstellungen (gemischte Eigentumsformen, politischer Pluralismus usw.). Die leninistischen Kräfte in der DKP sind in den letzten Jahren schwächer geworden und verfügen derzeit über einen so geringen Einfluss wie noch nie in der Parteigeschichte. Praktisch profiliert sich die DKP durch eine prinzipienlose Anbiederung an die Linkspartei. Gleichzeitig hält sie sich für die kommunistische Partei in Deutschland, und ihre Führung lehnt ein wie auch immer geartetes Zusammengehen mit der KPD und/oder der KPD(B) grundsätzlich ab.

Gleichzeitig entwickelt sich fast flächendeckend ein immer größeres Widerstandspotential vor allem bei jungen Leuten, in der Gewerkschaftsjugend, bei Studenten/innen und Schülern/innen. Ebenso wachsen in den Kernbereichen des Proletariats die Widersprüche und auch dort nehmen die Widerstandsaktionen zu. Was aber all diesen – meist spontanen – Aktionen fehlt, ist die Kontinuität, die Klarheit, die Organisiertheit, sprich: Die ein-

heitliche und klare kommunistische Partei, denn nur eine solche kann Richtung in die Gärung bringen. Eine solche Partei, eine Partei also, die sich auf den Marxismus-Leninismus stützt, die den Kampf gegen den Revisionismus genauso wie den Kampf gegen die Bourgeoisie als Klassenkampf begreift, die sich fern hält von opportunistischen Schwenks, weil diese fast zwangsläufig mit dem Verbiegen der Theorie und schließlich mit eindeutigen Lügen einhergehen, eine solche Partei sind „Linkspartei“ und DKP nicht und werden es auch nicht mehr werden.

Beide Parteien reden viel von Einigkeit, Bündelung der Kräfte usw., sind aber objektiv ein Hindernis für die eine ganz spezielle und absolut notwendige Einheit: die kommunistische, also marxistisch-leninistische Einheit. Beide Parteien diskreditieren – selbstverständlich in sehr unterschiedlicher Art und Weise – den Marxismus-Leninismus und führen so zu Verwirrung, Spaltung, Illusionsmacherei und schließlich Frustration und Demobilisierung der Widerstandskräfte.

2. Anforderungen an die Kommunistische Partei

Sie muss eine Organisation auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus sein. Sie muss als klares Ziel die Diktatur des Proletariats und die zentrale Planwirtschaft haben, also den Aufbau des Sozialismus. Sie muss sich über den Klassenkampf mit allen seinen Facetten im Klaren sein. Und sie darf weder Opportunismus noch Revisionismus in ihren Reihen zulassen. Bei aller Klarheit über das Ziel und die grundlegende Strategie muss sie in der Lage sein, eine flexible tagespolitische Taktik auszuarbeiten und diese gleichzeitig und stetig mit ihrer Strategie und ihren grundsätzlichen Zielen zu vermitteln.

Die Klarheit muss das höchste Gut sein, denn eine Einheit der Kommunisten wird nur möglich, wenn Programm und Praxis nachvollziehbar, klar und wissenschaftlich begründet sind, wenn die Partei keine Diskussion und/oder Auseinandersetzung scheut und alle Prozesse offen und transparent ablaufen. Ich weise hier so deutlich auf den Zusammenhang von theoretischer Klarheit und Transparenz hin, weil gerade Opportunismus und der Revisionismus die wissenschaftliche Klarheit fürchten – und fürchten müssen – weil deren „Theorien“ einer offenen Überprüfung durch den Marxismus-Leninismus nicht standhalten würden. Deshalb neigen Opportunismus und Revisionismus stets zum Dogmatismus, also zum Ausgrenzen, Stigmatisieren, Mundtot-Machen usw. ihrer marxistisch-leninistischen Kritiker, zur Dekretierung der Parteilinie und zur Entmündigung der eigenen Mitgliedschaft.

3. Die Möglichkeiten der Kommunistischen Initiative hier und heute

- Die DKP-Führung lehnt Einheitsprozesse mit den anderen kommunistischen Parteien und Gruppen ab. Hier herrscht der Alleinvertretungsanspruch. Die Politik der Führung ist: Man könne ja in die DKP eintreten. Die Führung der DKP setzt den Revisionismus in Theorie und Praxis der Partei durch. Trotzdem gibt es viele Genossinnen und Genossen in der DKP, die weiterhin am Marxismus-Leninismus festhalten und für die deshalb die Kommunistische Initiative objektiv eine Chance sein kann.

- Die KPD-Führung will einen Vertreter für die Belange der Kommunistischen Initiative benennen und unterstützt das Anliegen der Kommunistischen Initiative.

- Die KPD(B)-Führung ist am Prozess der Einheit im Hinblick auf die Kommunistische Initiative sehr interessiert.

- KPD und KPD(B) führen Gespräche über eine mögliche Vereinigung beider Parteien. Dieser Prozess ist sehr interessant und würde, so er gelingt, ein gutes Signal aussenden: Die marxistisch-leninistische Einheit ist möglich!

- Zeitschriften und Zusammenschlüsse wie beispielsweise der RotFuchs oder die Kommunistische Arbeiterzeitung, wie Rote Tische oder örtliche Koordinationsrunden arbeiten an der Zusammenführung von Kommunisten. Hier kann eine Koopera-

tion sehr fruchtbringend sein.

- Die Redaktion der Zeitschrift „offen-siv“, unterstützt diesen auf Klarheit basierenden Einigungsprozess. Die Grundlagen dafür versucht sie in ihrer publizistischen Tätigkeit und in ihrer Bildungsarbeit schon seit Jahren zu legen.

- Es gibt in Deutschland wahrscheinlich mehr nicht organisierte Kommunisten/innen als Parteimitglieder. Diese mit einzubinden, ist unverzichtbar.

Die Möglichkeiten zur Schaffung der marxistisch-leninistischen Einheit scheinen mir aktuell sehr gut zu sein, denn das Spektrum, das sich – salopp formuliert – links von der revisionistisch aufgeweichten DKP bewegt, signalisiert große Bereitschaft für einen Vereinigungsprozess, gleichzeitig zeigt sich an der Basis der DKP ein bemerkenswertes Interesse.

4. Die Herangehensweise des Vorläufigen Organisationskomitees der Kommunistischen Initiative

Mir scheint die Herangehensweise sehr vernünftig zu sein:

Erstens will die Kommunistische Initiative zur Einheit der Marxisten-Leninisten beitragen, will also keine prinzipienlose Einheit aller, die sich Antikapitalisten nennen.

Zweitens stellt die Kommunistische Initiative kein ausschließendes Mitgliedschaftsstatut auf. Es ist also möglich, sich dem Vereinigungsprozess anzuschließen, ohne gleich seine politische Heimat aufgeben zu müssen.

Drittens können der Kommunistischen Initiative nicht Organisationen, sondern nur Einzelpersonen beitreten, so dass auch Unorganisierte mit auf den Weg genommen werden können. Und deshalb wird die Kommunistische Initiative breiter sein als zum Beispiel der mögliche Vereinigungsprozess von KPD und KPD(B) und steht nicht in Konkurrenz dazu.

Die Kommunistische Initiative versteht sich als ein gemeinsames Dach – mit einer klaren marxistisch-leninistischen Orientierung und deshalb auch mit eindeutigen Positionen und eindeutigen Abgrenzungen. Und sie versteht sich als ein Prozess, nicht als ein fertiges Produkt. Dies ist für mich ein ganz wesentlicher, sehr positiver Faktor.

5. Zukunftsperspektive bzw. Erfolgsaussichten

Die Kommunistische Initiative hat nach meiner Auffassung ausschließlich dann eine Lebensberechtigung, wenn es tatsächlich gelingt, über gemeinsame theoretische und praktische Arbeit Einheitsprozesse der Marxisten-Leninisten voranzubringen. Schließlich ist das Ziel die Formierung einer einheitlichen kommunistischen (und deshalb nicht-revisionistischen) Partei. Ob die Schritte dorthin gelingen, wird die Zukunft zeigen.

Und die Zukunft sind wir. Ein Gelingen hängt nämlich in hohem Maße von den Genossinnen und Genossen ab, die sich als Marxisten-Leninisten fühlen: Sie können die eröffnete Möglichkeit nutzen, den Prozess mitgestalten – und dann ist es wahrscheinlich, dass das Vorhaben gelingt. Oder sie können die Möglichkeit ungenutzt lassen, und dann wird die Kommunistische Initiative wieder verschwinden, denn eine weitere Splittergruppe braucht niemand.

Ich rufe alle Genossinnen und Genossen, die sich am wissenschaftlichen Sozialismus orientieren, dazu auf, die Möglichkeit zu nutzen, sich auf den Prozess der Einheit einzulassen und vor allem ihn mitzugestalten, denn ich glaube, dass wir aktuell eine historische Chance haben. Wir sollten sie nicht vertun.

Dr. Kurt Gossweiler (Historiker, Berlin):

Im Aufruf wird richtig festgestellt, dass die kommunistische Bewegung in Deutschland „zersplittert und in verschiedene Parteien, Organisationen, Projekte gespalten ist“.

Zugleich ist die Sehnsucht und das Ziel jedes Kommunisten, ob organisiert – wo auch immer – oder unorganisiert: Die Wiedererlangung einer geeinten, großen, marxistisch-leninistischen Partei mit großem Masseneinfluss, wie es etwa die KPD in der

Weimarer Republik war.

Wieso sind wir Kommunisten diesem Ziel dennoch in den vielen Jahren nach 1990 keinen Schritt näher gekommen – eher im Gegenteil?

Offenbar deshalb, weil jede der bestehenden kommunistischen Parteien oder Gruppen sich selbst für die einzig legitime Nachfolgerin der von Karl und Rosa gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands hält, also für die Kerntruppe, aus der die künftige kommunistische Massenpartei hervorgehen muss und wird.

Das ist nur folgerichtig, denn jede von ihnen ist ja entstanden und wurde eben deshalb gegründet, weil ihre Gründer und Mitglieder der Meinung waren und sind, die bereits bestehenden kommunistischen Parteien oder Gruppen entsprächen aus diesem oder jenem Grunde nicht den Anforderungen, die nach ihrer Ansicht an eine kommunistische Partei zu stellen sind.

Aber wenn es dabei bleibt, bleiben die Kommunisten, selbst bei wachsender Zahl, weiterhin – weil zersplittert und untereinander zerstritten –, ohnmächtig und einflusslos.

Das war schon immer schlimm, aber in den hinter uns liegenden Jahren politischer Stagnation offenbar noch erträglich, denn es wurde ja hingenommen und beibehalten.

Nun aber, angesichts einer sich entfaltenden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die schon die Ausmaße der Weltwirtschaftskrise von 1929-1933 zu erreichen und sogar zu überreffen verspricht, und die sogar schon von den Herrschenden als eine Existenzkrise des kapitalistischen Systems begriffen wird, nun also, da alles dafür spricht, dass der objektive Faktor einer revolutionären Situation heranreift, fordert ihre kommunistische Überzeugung von jedem Kommunisten und jeder kommunistischen Organisation maximale Anstrengungen, um den Rückstand des subjektiven Faktors gegenüber dem objektiven Faktor zu überwinden und endlich die Kraft zu schaffen, die erforderlich und fähig ist, die Massen in den bevorstehenden Kämpfen gegen das Kapital zum Erfolg zu führen.

Unter den gegenwärtigen Umständen sind – wie mir scheint – drei Wege zum Entstehen der notwendigen und von allen Kommunistinnen und Kommunisten ersehnten Partei denkbar:

Entweder dadurch, dass sich eine der bestehenden kommunistischen Parteien und Gruppen schließlich zu der alle anderen hinter sich lassenden, marxistisch-leninistischen Massenpartei entwickelt.

Bemüht haben sich darum fast alle gegenwärtig existierenden kommunistischen Parteien und Gruppen, aber die bisherige Entwicklung spricht nicht dafür, dass auf diesem Wege von irgendeiner das gewünschte Ziel erreicht wird.

Erstunterzeichner des Aufrufs „Schafft die Kommunistische Initiative in Deutschland!“ sind unter anderem:

- **Arnold Antusch**, Politikwissenschaftler & Gewerkschaftssekretär, Köln
- **Erich Buchholz**, Jurist, Berlin
- **Frank Flegel**, Lehrer, Hannover
- **Kurt Gossweiler**, Historiker, Berlin
- **Wolfgang Hermann**, Bauingenieur, Dreesch
- **Ingo Höhmann**, Angestellter, Berlin
- **Dieter Itzerott**, Maschinenschlosser und Parteiarbeiter in FDJ & SED, Torgau
- **Nico Jühe**, Schüler, Marl
- **Sascha Jecht**, Grafiker, Sangerhausen
- **Detlef Krüger**, Kulturwissenschaftler, Greiz
- **Kai Linde**, Schüler, Essen
- **Michael Opperskalski**, Journalist, Köln
- **Andrea Vogt**, Angestellte, Dresden
- **Daniel Weigelt**, Operator, Marzling

Zum anderen dadurch, dass aus den sich zuspitzenden Klassenkämpfen der Gegenwart heraus eine neue Generation von Kommunisten zu einer Neugründung schreitet, die unbelastet ist von den Auseinandersetzungen der Vergangenheit und eine solche Anziehungskraft entwickelt, dass sie alle anderen hinter sich lässt und tatsächlich die Masse der Kommunisten der jungen Generation und schließlich auch der älteren Generationen um sich sammelt. Dieser Weg könnte aber wohl nur dann erfolgreich sein, wenn aus dieser jüngeren Generation Führungspersönlichkeiten von außerordentlichem Format und von außergewöhnlicher Überzeugungskraft hervorgingen. Aber auf einen solchen Glücksfall können wir nicht warten.

Deshalb bleibt als sofort beschreitbarer Weg wohl nur der, dass die wo auch immer organisierten und die unorganisierten Kommunistinnen und Kommunisten nach einem Weg suchen, die Spaltung und Zersplitterung zu überwinden.

Mit einer solchen Zielsetzung wurde in Frankreich die „Initiative Communiste“ und in Österreich die „Kommunistische Initiative“ („KI“) von Kommunistinnen und Kommunisten ins Leben gerufen.

Besonders das Beispiel und die Erfahrungen der Genossen der KI in Österreich ermutigten uns dazu, unseren Aufruf „Schafft die Kommunistische Initiative“ zu verfassen und damit an die Öffentlichkeit zu gehen.

Wer diesen Aufruf liest, möchte natürlich auch wissen, wer das eigentlich ist, der da schreibt: „Zunächst wollen wir deshalb mit diesem Aufruf alle ansprechen, die für die Einheit der Kommunisten auf marxistisch-leninistischer Grundlage in Deutschland eintreten. Wir wollen damit die Unterstützerinnen und Unterstützer dieses Aufrufs zunächst einmal sammeln. Dafür haben wir ein Koordinierungsgremium ins Leben gerufen, dessen Aufgabe es ist, in engem Kontakt mit den Unterstützerinnen und Unterstützern die nächsten organisatorischen Schritte für die Gründung der ‚Kommunistischen Initiative‘ in Deutschland als eines organisierten Sammelbeckens aller marxistisch-leninistischen Kräfte vorzubereiten.“

Wer also sind „Wir“?

Wir sind die Mitglieder des „Vereins zur Förderung demokratischer Publizistik“, und dieser Verein ist der Herausgeber der Zeitschrift „offen-siv. Zeitschrift für Sozialismus und Frieden“.

Die „Kommunistische Initiative“, zu deren Gründung wir die Anregung geben, will und soll aber auf keinen Fall neben all den bestehenden kommunistischen Organisationen noch eine neue, „hauseigene“ dieses Vereins werden, sondern eine Initiative von Kommunisten aus verschiedenen Organisationen, die in und mit dieser Initiative am Wiederaufbau einer einheitlichen kommunistischen Massenpartei auf marxistisch-leninistischer Grundlage in Deutschland arbeiten.

Wir haben bereits Veranstaltungen zur Solidarität mit dem revolutionären Venezuela und den „Cuban Five“ durchgeführt, weitere Diskussionsveranstaltungen sind in Vorbereitung, dieses Informationsbulletin wie auch das für das nächste Jahr geplante, regelmäßig erscheinende Publikationsorgan kosten Geld, deswegen benötigen wir auch DEINE Unterstützung. Spende daher, am besten regelmäßig auf unser Spendenkonto bei:

André Vogt, Norisbank (Dresden)
Konto-Nummer: 800 696 700, BLZ: 760 260 00
Verwendungszweck: „KI 2009“

Kontakt (V.i.S.d.P): Michael Kubi, Mühlheimer Str. 6,
60386 Frankfurt/M.
Tel.: 0176-28 809 067
Mail: info@kommunistische-initiative.de
Internet: www.kommunistische-initiative.de